

Unterrichtung

durch die Delegation des Deutschen Bundestages in der Interparlamentarischen Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union

Sechzehnte Tagung der Konferenz im Rahmen der Europäischen Parlamentarischen Woche am 22. Februar 2021

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Teilnehmende der deutschen Delegation	2
2. Einführung	2
3. Verlauf der Tagung	2
3.1 Plenarsitzung: Welches sind die wichtigsten Prioritäten für Investitionen in Klimaschutz sowie in soziale und wirtschaftliche Resilienz?	3
3.2 Interparlamentarische Ausschusssitzung: Ausschuss für Wirtschaft und Währung.....	4
3.3 Interparlamentarische Ausschusssitzung: Haushaltsausschuss.....	5
3.4 Interparlamentarische Ausschusssitzung: Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten	6
3.5 Interparlamentarische Ausschusssitzung: Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit	7

1. Teilnehmende der deutschen Delegation

An der sechzehnten Tagung der Interparlamentarischen Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union (SWKS-Konferenz) sowie der Konferenz des Europäischen Parlaments zum Europäischen Semester nahmen die folgenden Mitglieder des Deutschen Bundestages teil:

Abgeordneter **Dr. André Berghegger** (CDU/CSU), Delegationsleiter,

Abgeordneter **Christian Petry** (SPD),

Abgeordneter **Peter Boehringer** (AfD),

Abgeordneter **Michael Theurer** (FDP),

Abgeordneter **Andrej Hunko** (DIE LINKE) sowie

Abgeordnete **Claudia Müller** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

Der Bundesrat war durch **Katja Meier**, sächsische Staatsministerin der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung, **Stephan Holthoff-Pförtner**, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales des Landes Nordrhein-Westfalen, sowie **Heike Raab** (SPD), Bevollmächtigte des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und für Europa, für Medien und Digitales, vertreten.

2. Einführung

Mit dem Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (Fiskalvertrag) vom 2. März 2012 verpflichten sich die Unterzeichnerstaaten, zu denen mit Ausnahme der Tschechischen Republik und Kroatiens alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union gehören, zur Aufnahme einheitlicher und verbindlicher Haushaltsregeln in ihre nationalen Rechtsordnungen. Artikel 13 des Fiskalvertrags sieht die Gründung einer Konferenz von Vertretern der einschlägigen Ausschüsse der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments (EP) vor, in der haushalts-, wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen gemäß der Regelungen des Fiskalvertrags beraten werden sollen. Zu diesem Zweck findet seit Herbst 2013 zwei Mal im Jahr die SWKS-Konferenz statt. Neben dem Austausch von Informationen und bewährten Verfahren in Bezug auf die Umsetzung der Bestimmungen des Fiskalvertrags dient die Konferenz der Gewährleistung der demokratischen Rechenschaftspflicht im Bereich der wirtschaftspolitischen Steuerung und Haushaltspolitik in der EU und insbesondere der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). Die Konferenz findet wechselweise im Frühjahr im Rahmen der Europäischen Parlamentarischen Woche des EP sowie im Herbst in demjenigen Land statt, das im zweiten Halbjahr den Vorsitz im Rat der Europäischen Union innehat.

In der laufenden, 19. Wahlperiode besteht die Delegation des Deutschen Bundestages aus neun festen Mitgliedern aus allen dort vertretenen Fraktionen. Aufgrund der Querschnittsaufgabe der Konferenz sind dies u. a. Abgeordnete aus dem Haushalts- und Finanzausschuss, dem Ausschuss für Wirtschaft und Energie sowie dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Der Bundesrat ist regelmäßig mit mehreren Delegierten bei der Konferenz vertreten.

3. Verlauf der Tagung

Die Europäische Parlamentarische Woche umfasst die Konferenz des EP zum Europäischen Semester und die Interparlamentarische Konferenz über SWKS und beinhaltet in der Regel mehrere Plenarsitzungen sowie interparlamentarische Ausschusssitzungen. Aufgrund der Coronapandemie fand die diesjährige Europäische Parlamentarische Woche als Videokonferenz mit einem stark gekürzten Programm statt. Unter dem gemeinsamen Vorsitz des portugiesischen Parlaments und des EP wurden eine Plenarsitzung sowie vier zeitgleich stattfindende Ausschusssitzungen abgehalten. In allen Sitzungen wurden die Vorschläge auf europäischer und nationaler Ebene für den Wiederaufbau und die Stärkung der europäischen Wirtschaft unter verschiedenen Aspekten beleuchtet.

Die Impulsvorträge der Tagung hielten u. a. **António Guterres**, Generalsekretär der Vereinten Nationen (VN), **Dr. Ursula von der Leyen**, Präsidentin der Europäischen Kommission, **Christine Lagarde**, Präsidentin der Europäischen Zentralbank (EZB) und MdB **Dr. André Berghegger** (CSU/CSU) sowie weitere Abgeordnete der nationalen Parlamente und des EP. In den interparlamentarischen Ausschusssitzungen referierten darüber hinaus **Paschal Donohoe**, Präsident der Eurogruppe, **Frans Timmermans**, Exekutiv-Vizepräsident der Europäischen Kommission und der Staatssekretär im portugiesischen Ministerium für Arbeit, Solidarität und soziale Sicherheit, **Gabriel Abastos**, sowie weitere Vertreter der Europäischen Kommission und anderer Institutionen.

Auf der Tagung waren Abgeordnete von Parlamenten aus 24 Mitgliedstaaten der EU und dem EP vertreten. Darüber hinaus nahmen Delegierte aus Albanien, Montenegro und der Türkei sowie aus Norwegen als Beobachter teil.

3.1 Plenarsitzung: Welches sind die wichtigsten Prioritäten für Investitionen in Klimaschutz sowie in soziale und wirtschaftliche Resilienz?

In ihren Begrüßungsworten zur Plenarsitzung betonten sowohl der Präsident des Europäischen Parlaments, **David Maria Sassoli** (S&D), als auch der Präsident des portugiesischen Parlaments, **Eduardo Ferro Rodrigues**, die Bedeutung des interparlamentarischen Austausches angesichts der aktuellen Herausforderungen durch die Coronakrise.

In seinem Impulsreferat berichtete VN-Generalsekretär **António Guterres**, die Pandemie habe wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten in und zwischen den Staaten verstärkt. Umso wichtiger sei es nun, dass mit den Wiederaufbaumaßnahmen in Bildung und neue Arbeitsplätze investiert werde. Nur so könne der öffentliche Schuldenstand verringert werden. Indem die EU die Ziele des europäischen *Green Deal* in den Mittelpunkt ihres Wiederaufbauprogramms stelle, investiere sie auch für zukünftige Generationen. Ein weiterer bedeutender Schritt sei nun, dafür zu sorgen, dass Impfstoffe gegen das Coronavirus allen Ländern zur Verfügung stünden. Guterres plädierte für ein Wiederaufleben des Multilateralismus und appellierte an alle Parlamentarier, ihren Beitrag dazu zu leisten.

Die geschäftsführende Direktorin des Internationalen Währungsfonds, **Kristalina Georgieva**, lobte die EZB und die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten für ihre schnelle und umfassende Reaktion auf die Coronakrise. Zusammen mit den Programmen und Maßnahmen der Europäischen Kommission habe dies dazu geführt, dass die Wirtschaft im Jahr 2021 wieder wachsen könne. Durch den weiteren Verlauf der Pandemie könne die wirtschaftliche Erholung aber noch gefährdet werden; des Weiteren verlaufe sie ungleich. So seien z. B. Länder wie Spanien, die stark vom Tourismus abhängig seien, schwerer betroffen als andere. Außerdem würden Frauen und junge Menschen mehr unter den Folgen der Coronakrise leiden. Die EU und ihre Mitgliedstaaten dürften in ihren Anstrengungen nicht nachlassen, um mit dem digitalen und grünen Umbau der Wirtschaft neue Arbeitsplätze und eine höhere Produktivität zu schaffen.

Der Präsident des Europäischen Rates, **Charles Michel**, merkte in seinem Beitrag an, dass die Pandemie schon vorhandene Tendenzen verstärke, daher sei es zu begrüßen, dass europäische Wiederaufbaumittel zur Förderung des Binnenmarktes und für die soziale Kohäsion verwendet würden. Er äußerte sich anerkennend zur guten Zusammenarbeit der europäischen Institutionen, die neue Eigenmittel und die Schuldenaufnahme für die EU ermöglicht hätte. Bei den Wiederaufbau- und Resilienzplänen sei nun ein Paradigmenwechsel erforderlich. Die Vergangenheit habe gezeigt, dass die ungehinderte Ausbeutung der natürlichen Ressourcen nicht zu höherem Wohlstand für alle geführt hätte, dies müsse bei der Nutzung der aktuell wichtigsten Ressource Daten beachtet werden.

Im Mittelpunkt der Rede von EU-Kommissionspräsidentin **Ursula von der Leyen** stand das Programm *Next Generation EU*. Wenn der Eigenmittelbeschluss in allen Mitgliedstaaten ratifiziert sei, könne die EU insgesamt 750 Milliarden Euro an Finanzmitteln ausgeben, die sowohl für den wirtschaftlichen Wiederaufbau als auch zur Erreichung der Ziele des europäischen *Green Deal* genutzt werden könnten. Dies könne z. B. bei der Unterstützung der von der Pandemie besonders betroffenen Bauwirtschaft geschehen. Daneben solle in die Weiterbildung von Arbeitskräften investiert werden, um diese fit für die digitale Welt zu machen. Es sei das erklärte Ziel der Europäischen Kommission, die europäische Wirtschaft resilient und zukunftsfähig zu machen.

EZB-Präsidentin **Christine Lagarde** zeigte sich zuversichtlich, dass die monetären Maßnahmen der EZB und die fiskalischen Unterstützungsleistungen der Mitgliedstaaten bald greifen würden, da sie genau auf die Bekämpfung der Krisenfolgen zugeschnitten seien. Darüber hinaus seien weitere Maßnahmen erforderlich, um die europäische Wirtschaft schützen und umbauen zu können. Mit dem Pandemie-Notfallankaufprogramm habe die EZB die Finanzmärkte stabilisiert und dafür gesorgt, dass sich besonders kleine und mittlere Unternehmen zu günstigen Konditionen finanzieren könnten. Den grünen und digitalen Wandel der EU bezeichnete sie als eine noch größere Herausforderung als das Abfedern der Folgen der Pandemie. Daher begrüßte sie die Vorgaben der Europäischen Kommission, nach denen die Mittel aus *Next Generation EU* vor allem in Projekte zum Klimaschutz und zur Digitalisierung investiert werden sollten.

Die anschließende Debatte unter dem Vorsitz der Vizepräsidentinnen von EP und portugiesischem Parlament, **Dita Charanzová** und **Edite Estrela** beinhaltete den thematischen Schwerpunkt „Stand der Vorbereitungen der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne“. Als einer der drei Redner aus den nationalen Parlamenten skizzierte zunächst

MdB **Dr. André Berghegger** (CDU/CSU) kurz das deutsche Aufbau- und Resilienzprogramm, das sich vorrangig auf die Bereiche Klimapolitik und Energiewende, Digitalisierung der Wirtschaft sowie Infrastruktur und Stärkung eines pandemieresilienten Gesundheitswesens konzentrierte. Nicht nur in Deutschland sei es nun wichtig, dass die EU-Mittel „nicht in den nationalen Haushalten versickerten“. Außerdem sollten alle Mitgliedstaaten nach der akuten Bekämpfung der Krisenfolgen wieder zur Einhaltung der Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts zurückkehren. Bis dahin müsse die Gelegenheit zur Überarbeitung der Regeln genutzt werden, um diese einfacher und transparenter zu machen. Er sprach sich zudem gegen die Abschreibung von Staatsanleihen aus, da dies nur dazu führe, dass die nationalen Zentralbanken mit Geld aus den Staatshaushalten refinanziert werden müssten.

Aus Portugal berichtete der Abgeordnete **Miguel Matos**, dass die Erarbeitung des Wiederaufbauprogramms unter Beteiligung der Öffentlichkeit und der Sozialpartner erfolge. Zentrale Punkte des Programms seien u. a. die bessere Qualifikation von Arbeitnehmern sowie Maßnahmen zur Finanzierung von kleinen und mittleren Unternehmen. Er sehe die Aufbau- und Resilienzprogramme als gute Möglichkeit für ein neues und besseres Europa. Der Abgeordnete **Branislav Rajić** vom slowenischen Nationalrat erachtete die finanzielle Unterstützung durch die EU als dringend notwendig, um den grünen und digitalen Wandel in den Mitgliedstaaten durchführen zu können. Zudem sprach er sich dafür aus, die Hilfgelder möglichst allen Bürgerinnen und Bürgern zugänglich zu machen. Eine symmetrische wirtschaftliche Erholung in Europa käme allen Ländern zugute. Eine sinnvolle Verteilung der Mittel könne aus seiner Sicht nur auf der nationalen Ebene geplant werden.

Als einer der drei Berichterstatter des EP zur europäischen Aufbau- und Resilienzfazilität beschrieb MdEP **Siegfried Mureşan** (EVP) die breite Unterstützung des EP für die Fazilität, die sich in einer großen Mehrheit in der Abstimmung zum Verordnungsvorschlag ausdrückte. Über die Verwendung der Mittel sollten die Mitgliedstaaten bestimmen, allerdings dürfe das Geld nicht dafür verwendet werden, „um Haushaltslöcher zu stopfen“. MdEP **Eider Gardiazábal Rubial** (S&D) ergänzte, dass das Ziel der Fazilität neben der Bekämpfung der direkten Krisenfolgen auch die Finanzierung von Strukturreformen für den grünen, den digitalen und vor allem den sozialen Wandel sei. MdEP **Dragoş Pişlaru** (Renew) machte die Delegierten darauf aufmerksam, dass der Name des Programms *Next Generation EU* wörtlich genommen werden solle. Alle Maßnahmen und Mittel sollten darauf ausgerichtet sein, Mehrwert für künftige Generationen zu schaffen. EP und nationale Parlamente seien nun in der Pflicht, dass dies gelänge.

In der kurzen Diskussion befürworteten alle Delegierten die Schwerpunktsetzung der Wiederaufbauprogramme auf die Bereiche Klimaschutz und Digitalisierung. Der Abgeordnete **Christophe Jerretie** (Frankreich) äußerte die Hoffnung, dass das Wiederaufbauprogramm der EU den Zusammenhalt unter den Mitgliedstaaten erhöhen könne. Aus diesem Grund müsse die wirtschaftspolitische Koordinierung verstärkt werden. Eine ähnliche Ansicht vertrat auch MdEP **Irene Tignali** (S&D), die die Delegierten aus den nationalen Parlamenten dazu aufrief, möglichst schnell den Eigenmittelbeschluss zu ratifizieren und ihre Regierungen dabei zu unterstützen, die nationalen Wiederaufbauprogramme vorzulegen. Erst dann könnten die dringend benötigten Mittel fließen. Der Abgeordnete **Marko Pavić** (Kroatien) erklärte, dass in seinem Land erhebliche Summen in das Aufbau- und Resilienzprogramm fließen. Die oberste Priorität sei die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Darüber hinaus sei in Kroatien der Aufbau einer Batterieproduktion für Elektromobilität geplant, um den grünen Wandel voranzutreiben.

3.2 Interparlamentarische Ausschusssitzung: Ausschuss für Wirtschaft und Währung

Im Ausschuss für Wirtschaft und Währung tauschten sich die Delegierten zum Thema „Resilienz und Wiederaufbau nach der COVID-19-Krise: wirtschaftliche und fiskalische Prioritäten für Investitionen und Reformen“ aus. In seinen einführenden Worten zeigte sich der Präsident der Eurogruppe, **Paschal Donohoe**, vorsichtig optimistisch. Die Zahlen zeigten, dass die Mischung aus fiskalischen Anreizen durch die Mitgliedstaaten sowie den Instrumenten der EZB greifen würde. Dennoch dürfe nicht außer Acht gelassen werden, dass die Pandemie nach wie vor andauere und daher weiterhin Unwägbarkeiten für die europäische Wirtschaft bestünden. Deshalb sei es wichtig, dass die Maßnahmen der direkten Krisenbekämpfung Schritt für Schritt in Aktionen mit nachhaltiger Wirkung überführt würden. Donohoe plädierte dafür, die expansive Fiskalpolitik weiterzuführen und die günstigen Konditionen zur Finanzierung zu nutzen. Neben Investitionen in den Gesundheitsschutz und finanzieller Unterstützung von besonders betroffenen Branchen und Unternehmen müsse auch die Reform der öffentlichen Verwaltungen in Angriff genommen werden. Zur Schaffung einer widerstandsfähigeren Wirtschaft müsse zudem ein Umfeld für Unternehmen geschaffen werden, das vor allem Innovationen begünstige.

Der für Wirtschaft zuständige EU-Kommissar **Paolo Gentiloni** teilte die verhalten positive Einschätzung zu Erfolgen bei der Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise und führte diese darauf zurück, dass die Mitgliedstaaten und die europäischen Institutionen schnell und umfassend reagiert hätten. Er warnte davor, die

Unterstützung für die Volkswirtschaften zu früh zu beenden, dies verursache größeren Schaden, als wenn Mittel länger fließen als eigentlich nötig. Ein wichtiges Ziel der verschiedenen Instrumente sei aus seiner Sicht die Reduzierung der durch die Krise gestiegenen Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Mitgliedstaaten. Mit dem Wiederaufbauprogramm *Next Generation EU* habe die Europäische Kommission einen guten Mechanismus für ein EU-weites Wirtschaftswachstum geschaffen. Nun seien die Mitgliedstaaten mit der Ausarbeitung ihrer nationalen Resilienzpläne in der Pflicht. Daneben sei aus seiner Sicht eine Überprüfung und ggf. die Reform der europäischen Fiskalregeln erforderlich, um noch höhere Investitionen in die strategischen Ziele der EU wie den grünen Wandel oder die Digitalisierung tätigen zu können und damit ein nachhaltiges, inklusives und innovatives Wachstum zu ermöglichen.

In der anschließenden Diskussion begrüßten viele Delegierte die Maßnahmen der EU und bezeichneten das Aufbauinstrument als wichtigen Baustein zur Überwindung der Krise. Der Abgeordnete **Igors Pimenovs** (Lettland) äußerte die Hoffnung, dass nach der derzeitigen Anwendung der Ausweichklausel im Stabilitäts- und Wachstumspakt keine Rückkehr zur Austeritätspolitik erfolge. Seiner Meinung nach müssten die europäischen Fiskalregeln grundlegend reformiert werden. In Zukunft müsse wieder die sogenannte goldene Regel der öffentlichen Finanzen gelten: Schulden dürften nur für Investitionen aufgenommen werden. MdEP **Caroline Nagtegaal** (Renew) wies darauf hin, dass zuerst der Eigenmittelbeschluss in den Mitgliedstaaten ratifiziert werden müsse, bevor die EU Mittel auszahlen könne. Beim Einsatz der Mittel sollten EU und nationale Ebene darauf achten, dass damit ein Mehrwert erzielt werde. Dagegen macht die Abgeordnete **Isabel Pires** (Portugal) darauf aufmerksam, dass die sozialen Aspekte der Krise stärker beachtet werden müssten. Aus diesem Grund plädiere sie ebenfalls für eine Überprüfung und Neugestaltung der Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts.

Eine rechtliche Grundlage in den EU-Verträgen zur Möglichkeit der Schuldenaufnahme sei nach den Worten von MdEP **Gunnar Beck** (ID) nicht gegeben. Selbst wenn eine wirtschaftliche Erholung nach der Krise gelänge, würde sich die EU durch den Bruch ihrer eigenen Regeln selbst schaden. MdEP **Sven Giegold** (Grüne/EFA) dagegen sah in den geplanten Maßnahmen eine gute Gelegenheit, grünes und innovatives Wirtschaftswachstum in der EU zu schaffen. Er warnte aber davor, dass manche Mitgliedstaaten, z. B. Deutschland, alte politische Programme mit europäischem Geld wiederaufleben ließen. Hier müssten die Europäische Kommission und die Eurogruppe kritisch den Mehrwert der Programme prüfen. Eine gesamteuropäische Debatte zur Anwendung der Fiskalregeln vermisste die Abgeordnete **Katri Kulmuni** (Finnland). Sie befürchte zudem, dass die Anwendung der Ausweichklausel auch in Zukunft dazu führe, dass Regelverletzungen toleriert würden. Angesichts der in etlichen Mitgliedstaaten kritisch betrachteten Schuldenaufnahme durch die EU sei dies keine gute Entwicklung.

3.3 Interparlamentarische Ausschusssitzung: Haushaltsausschuss

Die interparlamentarische Ausschusssitzung des Haushaltsausschusses befasste sich dem Thema „Der EU-Haushalt im Mittelpunkt des Wiederaufbauplans – Next Generation EU, Mehrjähriger Finanzrahmen und Eigenmittel: neue Schnittstellen zwischen den Kompetenzen von nationalen Parlamenten und EP?“.

EU-Haushaltskommissar **Johannes Hahn** gab in seinem Beitrag einen positiven Ausblick zur wirtschaftlichen Lage in der EU. Die Europäische Kommission rechne in jüngster Prognose nach der schweren Rezession im Jahr 2020 mit einem Wirtschaftswachstum von 3,7 Prozent für 2021. Entscheidend für das Überwinden der Krise sei nun eine starke gemeinsame Reaktion der Mitgliedstaaten. Mit *Next Generation EU* habe die Europäische Kommission das größte jemals beschlossene Anreiz- und Konjunkturprogramm in der europäischen Geschichte vorgelegt. Die EU werde durch das Programm zu einem der größten Emittenten auf dem europäischen Markt. Als erster Schritt sei nun die Ratifizierung des Eigenmittelbeschlusses erforderlich, in sieben Mitgliedstaaten wäre dies bereits erfolgt. Hahn appellierte an alle anderen Mitgliedstaaten, durch eine zügige Ratifizierung den Prozess voranzutreiben und warb bei den nationalen Parlamenten um eine aktive Teilnahme. Die Europäische Kommission sei laut Hahn derzeit in intensiven Gesprächen mit den Mitgliedstaaten zu deren Ausarbeitung der nationalen Resilienzpläne. Er zeigte sich zuversichtlich, dass die europäische Wirtschaft durch die verschiedenen Instrumente gestärkt aus der Krise gehe.

Nadine Gouzée, Expertin für nachhaltige Entwicklung aus Belgien, wies in ihrer Rede auf die Gemeinsamkeiten zwischen Haushaltspolitik und Maßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung hin. Beide seien sehr komplex, hätten Einfluss auf alle Lebensbereiche und seien zukunftsgerichtet. Mit dem Mehrjährigen Finanzrahmen, der sich über insgesamt sieben Jahre erstreckt, treffe die EU Festlegungen für die Zukunft, daher sei er ein wichtiges Instrument zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen. Eine wichtige Maßnahme für die EU als globaler Akteur sei aus ihrer Sicht die Umsetzung einer Finanztransaktionssteuer. Ebenso wie die europäische Ebene seien

aber auch die nationalen Regierungen und die nationalen Parlamente gefordert, die Nachhaltigkeitsziele bei allen ihren Maßnahmen zu berücksichtigen.

Die Abgeordnete **Vera Braz** (Portugal) betonte in ihrer Wortmeldung den vollzogenen Paradigmenwechsel im Haushalt und die europäische Solidarität. Sie lobte ausdrücklich, wie schnell die europäische Ebene reagiert habe und unterstrich, dass es jetzt darum ginge, dass jeder seiner Rolle gerecht werde. Die neuen Rollen und Interaktionen zwischen den Akteuren und Institutionen sprach Abgeordneter **Laurent Saint-Martin** (Frankreich) an. In Frankreich sei die Ausarbeitung des Aufbau- und Resilienzplans nicht genügend im Parlament diskutiert worden. Die alten Beteiligungsstrukturen passten hier nicht. Er rege daher einen Austausch über *Best-Practice*-Beispiele an, um zu erfahren, wie andere Parlamente sich in den Prozess einbrächten. MdEP **Margarida Marques** (S&D) zeigte sich zuversichtlich, dass aufgrund der gemeinsamen europäischen Reaktion auf die Krise der Wiederaufbau der Wirtschaft gelingen könne. Die entsprechenden Mittel aus dem EU-Haushalt müssten nun transparent und unter demokratischer Verantwortlichkeit eingesetzt werden. Sie mahnte die Mitgliedstaaten an, möglichst schnell den Eigenmittelbeschluss zu ratifizieren, damit die finanzielle Unterstützung von Bürgern und Unternehmen anlaufen könne.

Laut **Katja Meier**, sächsische Staatsministerin für Demokratie und Europa, bewiese *Next Generation EU*, dass die EU auch in Krisenzeiten handlungsfähig sei. Sie forderte, die Regionen und Bundesländer in angemessener Art und Weise zu beteiligen. Die bisherige Beteiligung der Bundesländer in Deutschland am Aufbau- und Resilienzplan sei unzureichend. MdEP **Niclas Herbst** (ID) kritisierte, dass man hinter den Erwartungen zurück geblieben sei, was den europäischen Mehrwert, die Einbindung des EP und vor allem den Zeitplan angehe. Schnellere und klarere Regeln seien nötig. Und man müsse heute schon über die nächsten Krisen nachdenken. Eine bessere Koordinierung der neuen Eigenmittel mit den Mitgliedstaaten mahnte der Abgeordnete **Daniele Pesco** (Italien) bei der Europäischen Kommission an. Neben der Plastiksteuer seien noch weitere Umweltsteuern geplant, die mit bereits auf nationaler Ebene bestehenden Steuern wie z.B. der in Italien fälligen Abgabe auf CO₂-Emissionen in Konkurrenz träten. Daneben sei es an der Zeit, die europäischen Fiskalregeln zu reformieren, die sonst dem wirtschaftlichen Wiederaufbau entgegenstehen könnten.

3.4 Interparlamentarische Ausschusssitzung: Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

Im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten wurde die Frage diskutiert, wie sich die nationalen Aufbau- und Resilienzpläne in die europäische Säule sozialer Rechte integrieren lassen. **Nicolas Schmit**, Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte, betonte in seinem Eingangsstatement, dass aufgrund der engen Verzahnung der wirtschaftlichen und sozialen Dimension jedweder Wiederaufbau die Säule sozialer Rechte konkret und nachhaltig umsetzen müsse. Dabei müsse der Schwerpunkt auf der Schaffung von qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen sowie der Bekämpfung von Armut und Ungleichheit liegen. Die nationalen Wiederaufbaupläne sollten an soziale Prioritäten angepasst werden. Sie stellten eine Chance dar, nicht nur Mittel für soziale Zwecke einzusetzen, sondern auch Reformen auf den Weg zu bringen, die einen umfassenden Schutz gewährleisteten. Konkrete Ziele seien hierbei z. B. ein gleichberechtigter Zugang zum Arbeitsmarkt, Bekämpfung von Kinderarmut und die spezielle Unterstützung von besonders benachteiligten Regionen. Die Europäische Kommission erarbeite ihrerseits momentan eine Methodik sozialer Ausgaben, um Transparenz und Verfolgbarkeit zu erhöhen. Der Aufbau von wirtschaftlicher Resilienz gehe Hand in Hand mit der Bildung sozialer Resilienz einher.

Der Staatssekretär im portugiesischen Ministerium für Arbeit, Solidarität und soziale Sicherheit, **Gabriel Abastos**, stimmte Schmit zu, dass die soziale Säule in den Mittelpunkt der Erholung der EU gestellt werden müsse. Für Portugal, dessen Vorsitz unter dem Motto „*time to deliver*“ stehe, sei die Stärkung der sozialen Agenda eine übergeordnete Priorität. Das Jahr 2021 sei ein kritischer Zeitpunkt, denn jetzt müssten die richtigen Entscheidungen getroffen werden, wie die Folgen der Krise überwunden werden könnten. Wesentlich sei der Fahrplan, den die Europäische Kommission vorlegen werde. Die gemeinsamen Kapazitäten *Next Generation EU* und der Mehrjährige Finanzrahmen beinhalteten Mittel für die Stärkung der sozialen Säule sowie für den gerechten Übergang zu einem grünen Europa. Portugal werde sich maßgeblich bei der Planung der Umsetzung der sozialen Säule engagieren. Dabei seien klare Ziele und Messungen des Fortschritts essentiell, insbesondere in den drei Bereichen Arbeitsmarkt, Qualifikation und Förderung des sozialen Schutzes.

Die darauffolgende Aussprache spiegelte die von den Rednern angesprochenen Punkte wider. Unter den Delegierten herrschte weitgehende Einigkeit, dass die wirtschaftlichen Aspekte der Pandemie nur zusammen mit den sozialen Folgen bewältigt werden könnten. Die Abgeordnete **Skevi Koutra-Koukouma** (Zypern) beklagte die

zunehmende soziale Ungleichheit in ihrem Land, zu deren Bekämpfung die EU aus ihrer Sicht keine erfolgversprechenden Vorstellungen hätte. Sie erhoffe sich für die Zukunft weniger neoliberale Pläne in der europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die Erwartungen an den portugiesischen Ratsvorsitz, dass eine politische Einigung bei den verschiedenen Vorhaben zum sozialen Europa erreicht werde, seien laut MdEP **Dennis Radtke** (EVP) im zuständigen Ausschuss des EP hoch. Er warnte davor, die Wiederaufbaumittel für Vorhaben zur Einlösung nationaler Wahlversprechen zu nutzen, diese dienten der grünen Transformation und der Unterstützung sozial Schwacher.

MdEP **Dragoş Pîslaru** (Renew) stellte fest, dass mit der europäischen Wiederaufbauafazität Historisches erreicht worden sei, dennoch habe die EU bei der Beseitigung der sozialen Krisenfolgen noch einen langen Weg vor sich. Bei der Erarbeitung der nationalen Wiederaufbaupläne müssten die Menschen in den Mittelpunkt gestellt werden, zudem bedürfe es innovativer und ambitionierter Projekte. Dagegen bemängelte der Abgeordnete **Eduardo Barroco de Melo** (Portugal), dass die aktuelle Politik weit vom wirtschaftlich angestrebten Modell entfernt sei. Man müsse die sozialen Folgen der Krise bekämpfen, aber dazu müssten die richtigen Anreize gesetzt werden, zumal jeder Mitgliedstaat andere Voraussetzungen habe. MdEP **Gabriele Bischoff** (S&D) strich die Bedeutung der finanziellen Mittel für die Erhöhung der Widerstandskraft von Wirtschaft und Gesellschaft heraus und fragte, wie sichergestellt werden könne, dass die soziale Säule in den nationalen Wiederaufbauplänen ausreichend berücksichtigt würde. Ihrer Meinung nach sei ein sozialer Aktionsplan erforderlich.

3.5 Interparlamentarische Ausschusssitzung: Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit

Der Vorsitzende des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, MdEP **Pascal Canfin** (Renew) bezeichnete in seiner Einführung zum Thema „Synergien im Aufbau und Resilienzplan zwischen dem europäischen *Green Deal* und dem Aufbau einer widerstandsfähigen Europäischen Gesundheitsunion“ den *Green Deal* als eines der grünsten Konjunkturpakete jemals, betonte aber auch die Notwendigkeit dessen Mittel fair und im Sinne eines ökologischen Aufschwungs in allen Regionen der Union zu verteilen.

Exekutiv-Vizepräsident **Frans Timmermans** begrüßte in seiner Rede zunächst ausdrücklich die Solidarität der Mitgliedstaaten in der Coronakrise. Neben dieser befände die EU sich außerdem in einer Klimakrise und einer Krise der Artenvielfalt. Hierfür gebe es keinen Impfstoff, daher sei es von größter Bedeutung, bei den angestrebten Investitionen durch die EU die richtigen Entscheidungen zu treffen. Man müsse einen gemeinsamen Weg finden, auf fossile Brennstoffe zu verzichten und die Ziele des *Green Deal* mit denen der Digitalisierung zu verknüpfen. Er erhoffe sich nun innovative Pläne sowie einen transnationalen Fokus bei der Umsetzung der Pläne, z. B. könne *Offshore*-Windenergie nur dann ein wichtiger Bestandteil der Energiewende sein, wenn es intelligente Lösungen für Transport und Speicherung der erzeugten Energie gäbe. Große Besorgnis würden ihm die Unterschiede im Bildungsniveau und sowie die zwischen Städten und ländlichen Regionen bereiten. Er forderte eine Qualifizierung der Beschäftigten der vom Strukturwandel betroffenen Wirtschaftszweige und eine Strategie, um die Städte grüner und die ländliche Regionen smarter zu machen.

Die Chefvolkswirtin der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), **Laurence Boone**, lobte in ihrer Rede das Krisenmanagement der EU während der Coronapandemie, welches aus ihrer Sicht besser sei als im Falle der Finanzkrise von 2008. Auch jetzt spiele die Fiskalpolitik eine bedeutende Rolle, so sei beispielsweise das Notfallankaufprogramm PEPP der EZB das richtige Mittel zur Stabilisierung der Haushalte. Die beiden Schwerpunkte Digitalisierung und Energie sowohl im gemeinsamen Wiederaufbauplan der EU als auch im Instrument *Next Generation EU* seien gleich zu gewichten und könnten zu nachhaltigem Wachstum führen, allerdings müsse die EU bei der Umsetzung berücksichtigen, dass in den einzelnen Mitgliedstaaten unterschiedliche Voraussetzungen herrschten. Daneben forderte sie, dass Investitionen künftig auf ihren grünen Mehrwert geprüft werden müssen. Als gutes Beispiel für den Einsatz öffentlicher Mittel nannte sie den Kohleausstieg in Deutschland, bei dem in den Strukturwandel und die Qualifizierung der Beschäftigten investiert werde.

Die Abgeordnete **Isabel Meirelles** (Portugal) bekräftigte, dass der Kampf gegen den Klimawandel nur mit einer grünen Wachstumsstrategie gelingen könne, allerdings bedürfe es auch der entsprechenden Finanzierung. Das EP habe mit der Festlegung von 30 Prozent der Mittel des Mehrjährigen Finanzrahmens für grüne Ziele einen wichtigen Schritt getan. Die Abgeordnete **Sandra Benčić** (Kroatien) erläuterte, dass in ihrem Land nach dem Erdbeben besonders der Bausektor einen Beitrag zu einer umweltfreundlicheren Wirtschaft leisten werden und fragte, ob in der besonderen Lage Kroatiens Mittel aus dem Instrument *Next Generation EU* mit Zuschüssen aus den EU-Solidari-

tätsfonds kombiniert werden dürften. Um die soziale Ungleichheit zu mindern, die durch die Coronakrise noch verstärkt wurde, forderte MdEP **Delara Burkhardt** (S&D) ein Umdenken in der europäischen Finanz- und Wirtschaftspolitik. Daneben sprach sie sich dafür aus, dass das Europäische Semester dauerhaft grün bleiben müsse.

Von den Wiederaufbauplänen müssten Bevölkerung, Unternehmen und Wirtschaft gleichermaßen profitieren. Ihre Regierung habe dies mit einem Anteil von 40 Prozent an grünen Projekten im nationalen Wiederaufbauplan sowie einen „grünen Faden“, der sich durch alle Bereiche zöge, umzusetzen, berichtete die Abgeordnete **Ivelina Vassileva** (Bulgarien). MdEP **Jutta Paulus** (Grüne/EFA) widersprach Boone in Bezug auf den deutschen Kohleausstieg. Damit sei viel zu spät begonnen worden, zudem sei ein großer Teil der Mittel für die Kompensationszahlungen an betroffene Firmen vorgesehen, die gemäß des Energiecharta-Vertrags der Vereinten Nationen geleistet werden müssten. Sie äußerte die Hoffnung, dass in einer Neuverhandlung dieses Vertrages erneuerbare Energien gegenüber fossilen Energieträgern bevorzugt würden. Der Abgeordnete **Aurel Oprinoiu** (Rumänien) informierte über die Ergebnisse öffentlicher Konsultationen bei der Erstellung des rumänischen Wiederaufbauplans. Die Bürger würden neben der Bekämpfung des Klimawandels vor allem das Thema Verkehr in den Mittelpunkt stellen und wünschten sich die Sanierung und den Ausbau von Autobahnen und Landstraßen.

Berlin, den 4. Mai 2021

Dr. André Berghegger
Delegationsleiter